

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

März 2019

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in dieser Woche trafen sich die Staats- und Regierungschefs zu ihrem traditionellen Frühlings-Gipfel. Es ging einmal mehr um den Brexit. Je nachdem ob das britische Unterhaus dem Abkommen mit der EU doch noch zustimmt oder nicht, wird das Brexit-Datum auf den 22. Mai oder den 12. April verschoben. De facto bleibt also vom harten Brexit am 12. April bis gar kein Brexit alles noch im Bereich des Möglichen. Die Briten müssen endlich die notwendigen Entscheidungen treffen. Wir in der Union wünschen uns nach wie vor, dass die Briten am Besten in der EU bleiben. Der Gipfel hatte sich außerdem auf Initiative der Bundeskanzlerin mit Industriepolitik befasst. Des Weiteren haben sich die Staats- und Regierungschefs auch mit Klimaschutz und dem EU-China-Gipfel am 9. April 2019 beschäftigt.

In Deutschland hat das Bundeskabinett in dieser Woche zudem die Eckwerte für den Haushalt 2020 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2023 beschlossen. Wie üblich wird der Deutsche Bundestag im Herbst dieses Jahres sein „Königsrecht“ - das Haushaltsrecht – ausüben. Auffällig am Finanzplan von Minister Scholz ist der starke Anstieg der Sozialausgaben, während gerade die Zuwächse in den wichtigen Bereichen Verteidigung und Entwicklungshilfe, in denen Deutschland auch internationale Verpflichtungen einzuhalten sind, verhalten ausfallen. Als CDU/CSU-Fraktion werden wir in den Haushaltsberatungen Antworten auf Olaf Scholz' „Sozial-Haushalt“ finden.

Ebenfalls in dieser Woche hat bei der Bundesnetzagentur die Versteigerung von Frequenzen, welche die Telekommunikationsunternehmen für die neue Mobilfunkgeneration 5G nutzen werden, begonnen. Mit 5G können deutlich größere Datenmengen in Echtzeit übertragen werden. Man benötigt diese Technik für autonomes Fahren und viele innova-



tive Industrieanwendungen. Es ist davon auszugehen, dass die Versteigerung mehrere Wochen dauern wird. Danach werden die Frequenzen den Telekommunikationsunternehmen zugeteilt und der Ausbau kann beginnen. Bis spätestens Ende 2022 muss der erste Ausbauschnitt erfüllt sein, so dass er dann den Verbrauchern zugutekommt.

Über diese Themen hinaus, wurden im Deutschen Bundestag das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen, das sogenannte Starke-Familien-Gesetz und die Fortführung der Bundeswehreinätze in Afghanistan, im Mittelmeer, im Südsudan und in Darfur abschließend beraten. Nähere inhaltliche Details erhalten sie in diesem Brief aus Berlin.

Auch meine Rede zur Verlängerung der deutschen Beteiligung an SEA GUARDIAN, die EU-Urheberrechtsreform sowie die Rubrik Zahlen und Fakten sind Bestandteile meines Newsletters.

Eine gute Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen • „Starke-Familien-Gesetz“ • Bundeswehreinräte • meine Rede zu SEA GUARDIAN • EU-Urheberrecht • Zahlen & Fakten

2./3. Beratung:

„Starke-Familien-Gesetz“ verabschiedet

Wir haben in zweiter und dritter Lesung Maßnahmen zur Stärkung insbesondere einkommensschwacher Familien beschlossen. Mit dem Ausbau und der Verbesserung von Leistungen für diese Familien wollen wir insbesondere die Lage von Kindern verbessern. Der Kinderzuschlag soll dafür erhöht und auf Dauer dynamisiert werden. So wird beispielsweise zusätzliches Erwerbseinkommen der Eltern den Gesamtkinderzuschlag nur noch zu 45 Prozent, statt bisher zu 50 Prozent, mindern. Wir wollen den Kreis der Leistungsberechtigten darüber hinaus auf weitere Familien ausdehnen. Auch im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes verbessern wir Leistungen für Kinder. Das Schulstarterpaket heben wir etwa auf 150 Euro an. Besonders hervorzuheben ist auch die Abschaffung der Eigenanteile bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und bei der Schülerbeförderung. ■

Deutsch-Französische Freundschaft:

Gemeinsames Parlaments- abkommen für eine verstärkte Zusammenarbeit

Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, haben ein eigenes Abkommen geschlossen. Wir wollen damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich

der Legislative ausbauen. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und mit Bezug auf den im Januar von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs gezeichneten Aachener Vertrag werden die Parlamente so ihrer Verantwortung für die Freundschaft der beiden Staaten gerecht. Die regelmäßige Arbeitsbeziehung soll künftig etwa intensiviert werden. Zu diesem Zweck wird eine eigene deutsch-französische Kammer aus Abgeordneten aus Berlin und Paris gebildet, die mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen. Das Abkommen reagiert auf diese Weise auf die zunehmend internationalen werdenden Problemstellungen. Es ist zugleich ein Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft. ■

Fortsetzung der Bundeswehreinräte:

Bundeswehr auch weiterhin in Afghanistan, im Mittelmeer, Südsudan und in Darfur

Mit den vier in dieser Woche beschlossenen Mandatsverlängerungen der Bundeswehr in Afghanistan („Resolute Support“), im Mittelmeer (SEA GUARDIAN), im Südsudan (UNMISS) und in Darfur (UNAMID) bis 31. März 2020 kommt Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen verantwortungsvoll nach. Die jeweiligen Mandatsobergrenzen bleiben unverändert.

In Afghanistan dient die Mandatsverlängerung auch dazu, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, dass

das friedliche Abhalten von Präsidentschaftswahlen im Sommer 2019 ermöglicht. Diese sind ein weiterer wichtiger Schritt zur Konsolidierung in Afghanistan. Der Einsatz der Bundeswehr bettet sich nach wie vor in einen internationalen Gesamtansatz ein, der militärisches, diplomatisches und entwicklungspolitisches Handeln verzahnt.

SEA GUARDIAN ermöglicht Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen. Zudem wirkt die Operation durch die Präsenz der Einsatzkräfte als präventiver Ordnungsfaktor. Deutschland wird sich weiterhin regelmäßig an SEA GUARDIAN beteiligen, um so einen wichtigen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebild austausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels zu leisten.

Das Mandat UNMISS umfasst den Schutz von Zivilpersonen, die Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Schutzmandats bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar.

Es liegt im deutschen Interesse, an UNAMID mitzuwirken und zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region beizutragen. Deutschland sendet durch die Fortsetzung seines Engagements ein wichtiges Signal zur Unterstützung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, ebenso wie an die Menschen in Darfur. Wenn sich die Fortschritte bei der Stabilisierung fortsetzen, ist davon auszugehen, dass auch die Bundeswehrebeteiligung bis Ende 2020 beendet werden kann. ■

Rede:

Verlängerung des SEA GUARDIAN-Bundeswehrmandats

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Besucher auf der Tribüne! Wir haben jetzt schon mehrfach über den Sinn und Zweck dieses NATO-Mandates gesprochen, das zum Ziel hat, ein aktuelles Lagebild im Mittelmeerraum zu erstellen und dort mit Schiffen und Flugzeugen für die entsprechende Aufklärung zu sorgen, die wir brauchen, um die sicherheitspolitische Herausforderungen angehen zu können. Deutschland könnte sich an dieser Mission mit maximal 650 Soldatinnen

und Soldaten beteiligen. Aktuell sind es 205 Soldatinnen und Soldaten. Die Notwendigkeit, warum wir Soldatinnen und Soldaten dort hinschicken, ist von den Rednerinnen und Rednern der Koalitionsfraktionen hier ausdrücklich erwähnt worden. Deshalb möchte ich nicht noch einmal im Detail darauf eingehen.

Für uns ist aber klar: Die Mission Sea Guardian trägt zur Stabilisierung der Region bei, indem der Mittelmeerraum überwacht und für Aufklärung gesorgt wird. So können auch in Zukunft - natürlich nach Zustimmung des Flaggenstaates und unter Beachtung des Völkerrechts - zum Beispiel Schiffe kontrolliert und aufgebracht werden. Darüber hinaus unterstützt die Mission auch andere Missionen in der Region, auch wenn die Zukunft der Mission Sophia im Moment noch etwas in den Sternen steht, und dient außerdem als Ansprechpartner für nicht-staatliche Akteure und Organisationen. Gerade weil das Mittelmeer in Zeiten der Globalisierung eher auf die gefühlte Größe eines Binnensees schrumpft, geht uns und die EU die Sicherheit dort etwas an.

Ich komme jetzt zu den Kritikpunkten der Opposition, die ich nicht überzeugend finde. Da hören wir zum einen von den Linken: Die Mission ist deshalb abzulehnen, weil es keine Seenotrettung gibt. Dann hören wir von der AfD: Sie ist abzulehnen, weil es viel zu viel Seenotrettung gibt. - Unabhängig davon, wie man zum Thema Seenotrettung steht, ist Seenotrettung nicht Aufgabe des Mandates von Sea Guardian. Da müssten wir eher über Sophia oder anderen Missionen sprechen. Aber die Frage der Seenotrettung bei Sea Guardian zu diskutieren, ist überflüssig. Ich kann auch die Kritik der Grünen nicht teilen. Omid, ich schätze dich sehr, aber die Aussage, wir würden hier zum vierten Mal einen Blankoscheck von euch einfordern, ist falsch.

Das Mandat ist breit gefasst. Aber wenn du sagst, wir würden zum vierten Mal einen Blankoscheck einfordern, frage ich: Ist denn bei den drei Malen vorher unter dem Mandat dieser Missionen etwas passiert, das euch nicht passt? Ich sage aus meiner Sicht, aus der Sicht von CDU und CSU: Wir haben das Vertrauen in die Bundesregierung und in die Bundeswehr, dass wir auch bei einem breit gefassten Auftrag ein sinnvolles Mandat haben werden. Deshalb werden wir diesem Mandat weiterhin zustimmen.

Auch kann ich das Argument, das vom Kollegen Lindner bei der ersten Beratung vorgebracht worden ist, dass nämlich die Mission deshalb überflüssig wäre, weil die Schiffe ja ohnehin dort seien, nicht ganz nachvollziehen. Die Frage ist natürlich: Müssen wir denn, wenn es darum geht, Verlässlichkeit gegenüber der NATO zu demonstrieren, bei solch



einfachen Missionen zusätzliche Aufwendungen vorsehen? Ja, die Schiffe sind sowieso da, aber das ist doch ein Argument für dieses Mandat. Wir können sagen: Wir haben NATO-Verpflichtungen, denen wir nachkommen müssen, und haben dafür keine zusätzlichen Aufwendungen. Vielmehr können wir auf diese Art und Weise mit den Schiffen, die ohnehin dort sind, auch unseren NATO-Verpflichtungen nachkommen. Deshalb werden wir als Union diesem Mandat erneut zustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal den Soldatinnen und Soldaten danken, die auf diesen Schiffen ihren nicht immer leichten Dienst leisten. Wir werden dafür sorgen, dass die Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten in diesem Einsatz und auch in allen anderen Bundeswehreinsetzungen, die es im Moment gibt, weiterhin gewährleistet ist. Deshalb muss ich auch für meine Fraktion, für meine AG sagen, dass wir über das Thema „langfristige Finanzplanung im Bereich der Bundeswehr“ noch einmal sehr intensiv reden müssen. Wenn wir das Wort „Parlamentsarmee“ ernst nehmen, sind wir es als Parlamentarier den Soldatinnen und Soldaten schuldig, für eine ausreichende Ausstattung zu sorgen. Dafür werden wir kämpfen.

Vielen Dank.“ ■

Urheberrecht:

CDU schlägt Kompromiss vor

17 Jahre nach der letzten EU-Urheberrechtsreform war eine Anpassung an das digitale Zeitalter geboten. Tagtäglich werden auf Online-Plattformen Urheberrechtsverletzungen begangen, ohne, dass die Rechteinhaber davon in irgendeiner Form profitieren. Aus diesem Grund begrüße ich den Transfer des Urheberrechts in die digitale Welt. Was offline rechtswidrig ist, muss online ebenso geahndet werden. „Geistiger Eigentümer“ darf online nicht zu einer hohlen Phrase verkommen.

Nun erkennen meine Fraktion und ich aber die Gefahr eines Overblockings an. Aus diesem Grund hat eine CDU/CSU-Digital-Arbeitsgruppe einen Kompromiss für die nationale Umsetzung der Richtlinie – sollte sie denn verabschiedet werden – ausgearbeitet, der sowohl Meinungsfreiheit gewährt und Nutzer besserstellt, als auch Urheber fair und effektiv vergütet, Plattformen einbindet und verpflichtet – ganz ohne Upload-Filter.

Die Details zum Kompromiss finden Sie auf meiner Homepage unter www.markus-koob.de. ■

Zahlen und Fakten I:

Hessen ist ein sicheres Land

Die in dieser Woche vorgestellte Polizeistatistik für das Jahr 2018 zeigt einmal mehr, dass es in Hessen sehr sicher ist. Die Gefahr in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist so gering, wie seit 40 Jahren nicht mehr. 64,2 Prozent dieser Straftaten konnten zudem erfolgreich aufgeklärt werden. Die Aufklärungsquote ist der mit Abstand beste jemals registrierte Wert. Auch die Zahl der vollendeten Wohnungseinbrüche sank im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent auf einen historischen Tiefststand. Außerdem ist die Jugendkriminalität stark gesunken, die Straßenkriminalität hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. (Quelle: www.polizei.hessen.de) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de